

Angestellten und Beamten in jedem Monat mindestens 500 Millionen Mark bares Geld ausstellt, im Jahre 6 Milliarden. Dieses Geld stellt eine Leistung dar, die eigentlich erst ein Jahr später erfüllt zu werden brauchte. Das Reich nimmt sie vorschüssig entgegen, es zahlt noch nicht einmal Zinsen dafür. Die minderbemittelte Bevölkerung leidet also auf diesem indirekten Wege dafür, daß das Reich zu flüssigen Mitteln kommt.

Nehmen wir die Reihenfolge der Medaille. Die kapitalistischen Kreise weigern sich beharrlich, dem Reich die für seinen Betrieb notwendigen Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Die Sparprämienanstalt hat ein vollkommenes Fiasco gebracht, weil das Kapital gar nicht daran dachte, selbst gegen hohe Zinsen sein Geld in das sogenannte Geschäft, das die deutsche Finanzwirtschaft zur Zeit darstellt, noch hineinzustellen. Das bestehende Bürgerium hat außerdem auf hundertfältige Weise noch dafür gesorgt, daß das Kapital ins Ausland verschoben, daß die Gewinne versteckt wurden, daß ihr Vermögen und Einkommen auf jede Art der Besteuerung entzogen werden konnte. Auch die Zwangsmittel, die in Form des Steuerfluchtgesetzes und der sogenannten Besitzsteuern gegen sie angewandt werden sollten, haben keine besondere Besserung hervorgerufen. Heute steht, daß ungeheure Mengen von Vermögen und Einkommen schon längst in Sicherheit gebracht und der Besteuerung entzogen worden sind.

Wozu die Kapitalsträflinge weder freiwillig noch mit Drohungen gebracht werden konnten, das soll jetzt von der nichtbestehenden Bevölkerung durch Zwangsmittel erreicht werden. Um es auf eine kurze aber klare Formel zu bringen: Der Steuerabzug ist nichts anderes als eine Zwangsausleihe, die auf den Hunger gelegt wird; die minderbemittelte Bevölkerung wird durch sie in noch viel raffinierter Weise ausgeplündert, als durch das indirekte Steuersystem. Dieser Steuerabzug ist geradezu ein Sohn aus jedes soziale Empfinden, er muß so schnell wie möglich beseitigt werden.

Selbstverständlich wird der Steuerabzug zu heftigen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern führen, denn das Proletariat kann es sich nicht gefallen lassen, daß seine Lebenshaltung auf diese Weise noch weiter verschlechtert wird. Die Unternehmer werden die Lohnverhältnisse auf die Warenpreise abwälzen und so wird schließlich diese Maßnahme, die zu einer Enddramaturie der Papierflut führen sollte, dazu dienen, daß die Notenpressen noch mehr als bisher in Anspruch genommen werden müssen.

Auf alle diese Erscheinungen ist von den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie bei der Beratung des Gesetzes, ist in der Unabhängigen Presse unzählige Male warnend hingewiesen worden. Die Bürgerlichen und rechtssozialistischen Geschäftsmacher haben nicht darauf gehört und so ist es mit dem Ausnahmegesetz gegen die minderbemittelte Bevölkerung gekommen, dessen erste Wirkungen der Arbeiter und Angestellte vom 25. Juni ab zu spüren bekommen wird. Der neue Reichstag hat die Pflicht, dieses Ungeheuer sofort in die Wolfsschlucht zu werfen!

Die Regierungskrise versumpft immer mehr.

Die Bemühungen der beiden Zentrumsführer, Thiemann und Fehrenbach, eine Regierung aufruande zu bringen, sind bis jetzt gescheitert. Die Versuche nach links und rechts hatten bis jetzt kein anderes Ergebnis, als daß die mehrheitssozialdemokratischen Vertreter aus neuer Ablauten und die Demokraten und Deutschen Volkspartei sich scheindar auf ihre Programme versteifen, was zur Folge hat, daß eben die Regierungsbildung nicht möglich ist. Das Zentrum selbst hat kein Programm aufgestellt, sondern spielt nur die Vermittlerrolle. Es ist dies ja auch unmöglich, da jedermann ohnehin weiß, was es will. Es tanzt mit den Konservaltiven ebenso zusammengehen wie mit den Deutschen Volksparteien, den Demokraten und Mehrheitssozialisten. Bisher hat es immer noch verstanden, bei allen Koalitionen auf seine Rechnung zu kommen.

Bei den Demokraten geht es heiß her. Aus den lästigen Mitteilungen ihrer Presse über die geistige Stützung verlaufen aber soviel, daß sie im Kräfte austauschergelaufen sind und, um zu einer Stellungnahme überhaupt zu kommen, berufen sie die noch fehlenden Mitglieder telegraphisch nach Berlin ein. Offenbar dreht es sich bei ihren Beratungen darum, daß sie ihre funkelnden neuen Programmgrundlagen über Bord werfen sollen, wogegen sich offenbar noch ein Teil der Mitglieder sperrt.

Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge mögen wohl die Blätter recht behalten, die da sagen, es könne bis Mitte nächster Woche dauern, ehe eine Regierung gebildet sei. Dann wird es allerdings höchste Zeit; denn der Reichstag ist auf Donnerstag einzuberufen. Dann soll die Regierung gebildet sein, um ihm ihr Programm vorzulegen.

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Volkszeitung.) Die Kabinettskrise ist noch immer nicht überwunden, und auch der heutige Tag dürfte noch keine Lösung der Krise bringen. Es handelt sich darum, die Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei zusammen in ein Kabinett zu bringen. Die Demokratische Fraktion hat gestern fast den ganzen Tag beraten, ohne schließlich zu irgendeinem endgültigen Entschluß zu kommen. Sie hat zunächst Herrn Fehrenbach den Vorschlag gemacht, einem aus Zentrum und Deutscher Volkspartei gebildeten Kabinett unter Wahrung ihrer programmativen Grundsätze ihre parlamentarische Unterstützung zu leisten, sich also selbst an der Bildung des Kabinetts nicht zu beteiligen. Die beiden Zentrumsführer Fehrenbach und Thiemann haben aber erklärt, daß sie ein solches Kabinett unter keinen Umständen annehmen könnten, und daß sie dann auf weitere Versuche verzichten müßten, mit der Deutschen Volkspartei zusammen die Regierung zu bilden. Die Schwierigkeiten liegen nunmehr also darin, die programmativen Erklärungen der Deutschen Volkspartei mit der der Demokratischen Partei zu vereinigen. Man versucht im Hinblick auf die Konferenz in Spa die bestehenden Gegensätze auszugleichen. Dabei tritt eine deutliche Spaltung der Demokratischen Partei auf, in einen rechts gerichteten Flügel unter Führung von Schiffer und einen links gerichteten unter Führung der Minister Blunk und Koch.

Die gestrigen Beratungen der Demokratischen Partei haben sich vor allen Dingen mit der programmativen Erklärung beschäftigt, mit der die neue Regierung sich dem Reichstag vorstellen soll. Die Demokraten sind der Ansicht, daß sie einer Regierung nicht beitreten werden, wenn die Sozialdemokraten nicht in der ersten Sitzung für ein Vertrauensvotum des Kabinetts stimmen. Da die sozialdemokratische Fraktion erst am Dienstag wieder zusammentritt, so ist es fraglich, ob vorher überhaupt an eine Lösung der Krise gedacht werden kann.

Berlin, 18. Juni. (T.-U.) Der Neuen Berliner Zeitung wird berichtet, daß die Misserfolge, die Fehrenbach gestern in bezug auf die Kabinetsbildung erlebt, in der Zentrumsfaktion starke Verunsicherung ausgelöst hätten. In führenden Kreisen der Zentrumspartei trete man nun dafür ein, daß Fehrenbach und das Zentrum sich überhaupt nicht mehr an der Lösung der Krise beteiligen sollten. Das Zentrum habe genug Opfer gebracht und weitere Konferenzen seien wenig aussichtsreich.

Warum nicht im Ministerkessel?

Eine Verteidigung Crispins in Bremen.

In der Freiheit Bremen wird auch zur Stunde die Frage der Beteiligung unserer Partei an der hanseatischen Regierung diskutiert, wie sie für die Sozialdemokratie bis vor kurzem im Reich aufgeworfen war. Den Verteidigern der ablehnenden Haltung der Parteileitung gesellt sich jetzt Genosse Henke zu, der in einer Mitgliederversammlung der Bremer USP über das Problem spricht:

"Was stellt sich heute der sozialdemokratischen Regierung entgegen? Die dictatorische Macht des Kapitals und vor allem auch der Umstand, daß die Waffen in Deutschland heute ausschließlich in den Händen von Gegnern des Sozialismus, von Gegenrevolutionären, sind. Würden wir unter solchen Voraussetzungen im Sinne des Sozialismus, aber auch nur im Sinne der von der USP festgelegten acht Forderungen wirken können? Nein, wir könnten keinen einzigen der acht Punkte durchführen, weil uns dazu die Macht fehlt. Man denkt an die Sabotage der Landwirte, der Unternehmer, Fabrikanten, Finanzkapitalisten und an das gegenrevolutionäre Heer. Wir können aus diesen Gründen auch nicht einer bürgerlichen Koalitionsregierung beitreten, weil wir damit nur die Arbeiter täuschen, ihnen unmögliches vorzukauen würden. Wir müssen also in der Frage des Reiches dem Standpunkt unserer Parteileitung (Crispens Brief) zu stimmen. Die politische Macht, das haben wir immer zu betonen, wird nicht im, sondern außerhalb des Parlaments eklampft, welche leichten nur zu einem geringen Teil dazu beiträgt. Es ist dem Bürgerium sehr schwoll zumute, trotz seines scheinbaren Wahlsiegess; denn es hat damit die Verantwortung für die von ihm eingesetzte Politik weiterzuführen. Geschieht das, dann wird das revolutionäre Werk auf die proletarischen Massen wirken, denn die Schwierigkeiten werden nicht ab, sondern schon recht bald beträchtlich zunehmen. Das revolutionäre Proletariat wird dann durch seine Vertreter im Parlament und auch außerhalb desselben selten zielbewußten Klassenkampf fortführen. Sorgen wir dafür, daß wir eine geschlossene Front des revolutionären Proletariats bekommen."

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Der Reichsangehörige veröffentlichte nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 28017500 Stimmen abgegeben. Die 408 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Sozialdemokraten	112	Abgeordnete	(5 614 456 Stimmen)
Zentrum	68	"	(3 540 830)
Demokraten	45	"	(2 202 384)
Deutschnational	63	"	(3 776 778)
Deutsche Volkspartei	62	"	(3 606 816)
Kommunisten	81	"	(4 895 317)
Baillards Bauernbund	4	"	(218 884)
Deutsch-Hannoveraner	5	"	(319 100)
Baillards Volkspartei	21	"	(1 288 941)

Die Mandate der Reichstagswahl.

Die am Donnerstagabend abgehaltene Sitzung des Reichstagsausschusses, in der die Reichstagswahlen verfeilten wurden, ergab folgende Resultate:

Deutschationale Volkspartei	546 918	Stimmen	9 Sitze
Deutsche Volkspartei	461 844	"	8 "
Zentrum	380 830	"	6 "
Deutschdemokratische Partei	484 475	"	8 "
E. B. D.	454 456	"	8 "
E. B. D. S.	430 799	"	1 Sitz
E. B. D. S.	381 096	"	1 Sitz
Mittelstandsverein	11 970	"	1 Sitz
Christlich-föderalistische Partei	158 941	"	3 Sitze
Baillards Bauernbund	38 884	"	1 Sitz
Ausbau-Partei	45	"	1 Sitz
Nationaldemokraten	3 088	"	"
Deutsch-Hannoveraner	10 100	"	"
Wirtschaftspartei	88 652	"	"
Deutschsozialisten	8 216	"	"
Baillards Volkspartei	8 052	"	"

* Einen Sitz trotz der hohen Zahl nur deshalb, weil sie in den Wahlkreisen nur einen Sitz bekommen haben und die Zahl der auf die Reichstagswahl zu vergebenden Mandate nicht höher sein darf wie die Zahl der insgesamt in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten.

** Weil in den Wahlkreisen kein Mandat.

Endgültiges Wahlergebnis von Sachsen

Die U. S. B. 10 Sitze.

Nach der letzten Volkszählung vom 8. Oktober 1910 hatte der 31. ländliche Wahlkreis (Dresden-Bautzen) 1736598 Einwohner, der 32. ländliche Wahlkreis (Leipzig) 1168298, der 33. ländliche Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau) 1775420.

Gültige Stimmen wurden bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 abgegeben:

im 31. Wahlkreis (Dresden-Bautzen) 878 186 von 881 361 Wählern

im 32. Wahlkreis (Leipzig) 63 0042

im 33. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau) 890 564

Es entfallen gültige Stimmen im Wahlkreise

	Dresden	Leipzig	Chemnitz-Zwickau
1. auf die Sozialdemokr. Partei	240 977	577 49	283 052
2. auf die Deutsche Volkspartei	172 033	132 639	143 000
3. auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei	188 808	267 520	153 558
4. auf die Zentrumspartei	145 81	251 6	2465
5. auf die Deutsch-national. Volkspartei	149 837	107 288	155 685
6. auf die Demokratische Partei	96 120	53 400	68 965
7. auf die Lausitzer Volkspartei	60 13	nicht aufgestellt	
8. auf die Kommunistische Partei	10 319	12 859	82 044
9. auf die Deutschsozialistische Partei	nicht	2071	1195
	aufgestellt		

Es erhalten sonst im 31. Wahlk. im 32. Wahlk. im 33. Wahlk.

1. S. B. 4 Sitze

2. D. Volkspartei 2 "

3. U. S. P. 3 "

4. Zentrum 1 "

5. Deutnf. Volk. 1 "

6. Demokr. Part. 1 "

7. Lausitzer Volk. 1 "

8. R. B. D. 1 "

9. Deutschlos. 1 "

Es entfallen sonst im 32. Wahlk. im 33. Wahlk.

1. S. B. 4 Sitze

2. D. Volkspartei 2 "

3. U. S. P. 4 "

4. Zentrum 1 "

5. Deutnf. Volk. 1 "

6. Demokr. Part. 1 "

7. Lausitzer Volk. 1 "

8. R. B. D. 1 "

9. Deutschlos. 1 "

Durch die Verbindung entfallen infolge der Zusammenrechnung der Reststimmen in den drei Wahlkreisen und unter Beachtung der Bestimmungen in § 31 des Wahlgeleis.

Sozialdemokr. Partei ein Sitz für den 32. Wahlkreis

Deutsche Volkspartei ein Sitz für den 31. Wahlkreis

Unabhängige Soz. P. ein Sitz für den 33. Wahlkreis

Deutsch-nat. Volkspartei ein Sitz für den 32. Wahlkreis

Demokraten ein Sitz für den 32. Wahlkreis

Folgende Tabelle veranschaulicht den Zuwachs und den Verlust der Parteien in Sachsen:

Unabh.	Soz.	Komm.	Deutschnat.	Volksp.
1919	341 902	111 2118	309 412	97 157
1920	609 384	581 778	105 222	412 810
+ 267 4				